



An den Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Arnold Schuler
Südtiroler Landtag Silvius-Magnago-Platz 6
39100 Bozen

Bozen, den 22. Mai 2024

Begehrensantrag **„Austritt aus der NATO.“**

Der Nordatlantikpakt wurde am 4. April 1949 im Zuge der Eindämmungspolitik der USA gegen die Sowjetunion geschlossen.

Die **NATO** (Atlantisches Bündnis oder als Nordatlantikpakt), ist ein Verteidigungsbündnis von europäischen und nordamerikanischen Mitgliedstaaten, das dem gemeinsamen Schutz der eigenen Territorien dient und darüber hinaus das Ziel weltweiter politischer Sicherheit und Stabilität verfolgt.

Basis der NATO ist der Nordatlantikvertrag nach Artikel 51 der UN-Charta. In seiner Präambel bekennen sich die Mitglieder zu **Frieden, Demokratie, Freiheit** und der Herrschaft des Rechts. Demnach versteht sich die NATO als „Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten“. Da sie eine Internationale Organisation ohne



Hoheitsrechte ist, behalten ihre Mitgliedstaaten ihre volle Souveränität und Unabhängigkeit.

Zunächst auf 20 Jahre begrenzt, wurde er wegen des anhaltenden Kalten Krieges 1969 auf unbestimmte Zeit verlängert.

So die Theorie!

Nach der Selbstauflösung des Warschauer Paktes des real existierenden Sozialismus war der NATO der Feind, und eigentlich auch der propagierte Sinn, abhandengekommen.

Heute führt die NATO weltweit Kriege um angeblich Demokratie und Freiheit des Westens aufzubauen und Terroristen zu jagen. In der Folge gibt es in den Kriegsländern Tod, Hunger, Zerstörung. Länder (Serbien, Afghanistan, Irak, Mali, Libyen usw. wurden durch deren Einsatz nicht stabilisiert, sondern ruiniert.

Sie ist mittlerweile keine Sicherheitsarmee mehr, sondern ist zur schlimmsten Kriegsmaschinerie die die Menschheit je gesehen hat mutiert.

Von den ursprünglichen Werten scheint nicht mehr viel geblieben zu sein. Diese wurden durch Machtausdehnungsgelüste, Zugriff auf Ressourcen und Kapitalinteressen ersetzt. Deshalb sollten wir uns nicht weiterhin mit unseren Steuergeldern an die tausendfachen Tötungen von Menschen beteiligen müssen.

Dass diese Armee dem Frieden dienen sollte, hat sich als glatte Lüge herausgestellt. Sie dient eher der



Weltmacht USA und versucht sich wohl auch deshalb nach Osten auszudehnen.

Die Nato hat in den letzten Jahren mehr für Kriege und Konflikte gesorgt als Frieden geschaffen. Ebenso vertritt sie die Interessen der USA die politisch und wirtschaftlich eigene und andere Interessen verfolgen als die einzelnen Länder der Europäischen Union.

Deshalb gibt es keinen vernünftigen Grund mehr, dass Italien bei diesem Lügengebilde mitmacht, welches ursprünglich mal dem Frieden dienen sollte.

Abgesehen von dieser Tatsache, werden hierfür auch in Italien wiederum die Kosten für Rüstung und Militär drastisch erhöht.

Die Ausgaben für das italienische Verteidigungsministerium werden im Jahre 2024 zum ersten Mal die 29 Milliarden Euro (genauer 29.161 Millionen) übersteigen. Das ist eine Erhöhung von 1.438 Millionen Euro und ein + von 5,1% im Vergleich zum Vorjahr. Dies obwohl bereits zwischen 2022 und 2023 eine Erhöhung dieser Ausgaben um 1,8 Milliarden vorgenommen wurde. Somit wurden diese Ausgaben im genannten Zeitraum um 12,5 % gesteigert.

Insgesamt haben die kumulierten Militärausgaben des NATO-Bündnisses im Jahr 2023 geschätzt rund 1,3 Billionen US-Dollar betragen. Davon sind rund 875,6 Milliarden US-Dollar auf die USA und rund 429,3 Milliarden US-Dollar auf die übrigen NATO-Staaten entfallen.



Unverständlich auch die Forderung, die Rüstungsanstrengungen in Zukunft erheblich zu steigern und mindestens 2% des BIL für NATO-Ausgaben bereit zu stellen, obwohl bereits heute in Italien 5,7 Millionen Personen oder 9,8% der Bevölkerung laut Angaben des Statistikkamtes im vergangenen Jahr als arm gelten.

Daher stellen die Abgeordneten der Liste JWA Wirth Anderlan den Antrag:

Der Südtiroler Landtag fordert das römische Parlament und die Regierung in Rom auf;

1. Keine Politik zu betreiben, welche sich die Option des Krieges immer noch offenhält;
2. Aus der Nato auszutreten und die dadurch freiwerdenden Geldmittel für die Bekämpfung der Armut im eigenen Land einzusetzen.

Die Landtagsabgeordneten

Andreas Colli und Jürgen Wirth Anderlan